

USA

Verkaufstalent im Pentagon

„George Washington, Abraham Lincoln, Jesus“ – diese Ahnenreihe hart am Rand der Blasphemie wählte der demokratische Senator Robert Byrd, um Amerikas neuen Verteidigungsminister William Perry zu preisen, der am Donnerstag vergangener Woche vom Senat bestätigt wurde. Der neue erste Mann im Pentagon war Stellvertreter von Les Aspin, der vom Weißen Haus kurz vor Weihnachten zum Rücktritt gedrängt wurde. Perry ließ keinen Zweifel daran, daß sich „unsere Arbeitsstile unterscheiden werden“. Anders als der Grübler Aspin bringt Perry ausgiebige Managementerfahrungen aus der Wirtschaft mit. Kritiker fürchten allerdings, daß der neue Minister, der die Beschaffungsprogramme der US-Militärs drastisch beschneiden muß, gleichsam als Gegenleistung das Exportgeschäft seiner bisherigen Bröt-



Präsident Clinton, Perry

chengeber, der Rüstungsindustrie, weit über das bislang übliche Maß hinaus fördern wird. Außenpolitischen Ehrgeiz bringt Perry im Gegensatz zu Aspin jedoch kaum mit. Hier sehen viele Beobachter die Schwachstelle des neuen Verteidigungsministers. Um Zweifler zu beruhigen, widmete Perry sich bei seiner Senatsanhörung ganz besonders der sicherheitspolitischen Weltlage: Dem „Alptraum“ Nordkorea, womöglich bereits im Besitz eines Atomsprengkörpers, wolle er „mit Zuckerbrot und Peitsche“ begegnen.



Greenpeace-Protest gegen Harcourt in Hamburg

Kanada

Schonung für Riesen

Nach Jahren leerer Versprechungen will Mike Harcourt, 51, Premierminister der waldreichsten kanadischen Provinz British Columbia, nun Ernst machen: Auf einer Rundreise durch Europa versprach der Regierungschef Schonung für Kanadas uralte Baumriesen. Die bisherige Kahlschlag-Praxis werde eingeschränkt, versprach der Kanadier: Ein neuer Verhaltenskodex werde strenger als zuvor die bislang übergangenen Umweltsünden der Holzkonzerne unter Strafe stellen. Harcourt sah sich zu seiner PR-Kampagne (Kosten: etwa sechs Millionen Dollar) genötigt. Unter anderem ein SPIEGEL-Bericht (46/1993) über den rücksichtslosen Raubbau in finnischen und kanadischen Urwäldern hatte in beiden Ländern Angst vor Boykott-Maßnahmen ausgelöst. Bri-

tish Columbia exportiert jährlich Zellstoff und Papier im Wert von über 200 Millionen Kanada-Dollar nach Deutschland, die Europäische Union bezieht aus Kanada Holz und Papier für 3,1 Milliarden Dollar. Papier, das aus kahlgeschlagenen Primärwäldern stamme, so hatten im Zuge einer Greenpeace-Aktion drei deutsche Großverlage erklärt, solle künftig nicht mehr verwendet werden. Naturschützer und Privatleute hatten in British Columbia bereits jahrelang vergebens versucht, die Zerstörung einzigartiger Waldregionen zu verhindern. 1993 waren 900 Demonstranten auf Betreiben des Holzkonzerns MacMillan Bloedel vor Gericht gebracht worden. Auch in der Benennung eines neuen Umweltministers und der Entlassung des für die bisherige rabiate Abholzungspolitik verantwortlichen Wes Cheston sieht die Naturschutz-Organisation Sierra Club „einen neuen Ansatz“. Druck sei jedoch weiterhin vonnöten.

Frankreich

Sozialisten suchen KP-Hilfe

Die angeschlagenen Sozialisten unter Ex-Premier Michel Rocard wollen mit Hilfe der Kommunisten wieder an Einfluß gewinnen. Mit dem Ende Januar neu gewählten KP-Chef Robert Hue, der den autoritären Georges Marchais ablöste, möchte Rocard über sein Ziel einer Wahlallianz sprechen. Vorbild ist die Volksfront, die 1981 den Sozialisten François Mitterrand als Staatspräsidenten in den Elysée-Palast brachte. Hue scheint dazu bereit: Am vergangenen Wochenende nahm eine KP-Delegation nach Jahren der totalen Entfremdung erstmals wieder an einem Kongreß der Sozialisten teil. Sollte aber der neue KP-Chef mit

seiner Dialog-Politik blockiert werden – schließlich sitzt Altstalinist Marchais weiter als Aufpasser im Nationalbüro, dem bisherigen Politbüro –, wollen die Sozialisten enttäuschte Reformkommunisten wie etwa Charles Fiterman, früher Minister unter Mitterrand, abwerben. Die einst straff kommunistisch geführte Gewerkschaft CGT hat sich bereits den Sozialisten angenähert.



Neuer KP-Chef Hue

Somalia

Vom Bandenchef zum Staatsmann

Für seine Ergreifung hatten die Vereinten Nationen ein Kopfgeld von 25 000 Dollar ausgesetzt, demnächst könnte er der Präsident von Somalia sein: Mohammed Farah Aidid, 58, Milizenchef in Mogadischu. Nach vergeblicher Jagd blies Uno-Generalsekretär Butros Butros Ghali im vergangenen November die Kampagne gegen den glatzköpfigen General ab. Seitdem benimmt der sich, als sei er bereits Regierungschef des vom Bürgerkrieg zerrissenen Landes am Horn von Afrika. Aidid reist durch Ostafrika, diniert mit Staatsoberhäuptern und knüpft internationale Kontakte. In Uganda kündigte er an, noch in diesem Monat eine somali-